

Medienmitteilung

Zürich, 3. März/asü

Ja zum Klimaschutz, Nein zum CO2-Gesetz Flugticketabgabe schwächt den Standort Schweiz

Vorstand:
Martin Naville
(Präsident)
Martin Brettenthaler
Silvan Eberhard
Markus Hutter
Andreas W. Keller

Das Komitee Weltoffenes Zürich unterstützt die Bestrebungen voll und ganz, dass die Luftfahrt ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten muss. Das vorliegende CO2-Gesetz, über das am 13. Juni abgestimmt wird, löst diesen Anspruch aber leider nicht ein. Im Gegenteil: Der Flugverkehr wird nicht ökologischer gemacht, sondern bestraft. Das kann es nicht sein.

Mitglieder:
Martin Albers
Dr. Dieter Bambauer
Christof Domeisen
Mario F. Galli
Balz Halter
Hans Hess
Patrick Hess
Dr. Günter Heuberger
Dr. Daniel Hunziker
Dr. Martin Kessler
Urs Kessler
Dr. Thomas Koller
Andrea Kracht
Dr. Karin Lenzlinger
Klaus Lichtenstein
Armin Meier
Dr. Dieter Neupert
Eric Perotti
Rudolf O. Schmid
Yves Serra
Bruno Sidler
Andreas Umbach
Franz von Reding
Dr. Ole Wiesinger

Seit Jahren setzt sich das Komitee Weltoffenes Zürich für eine gute Anbindung Zürichs und der Schweiz ein. Die hohe Standortqualität und die ausgezeichnete globale Vernetzung haben uns Wohlstand gebracht und viele Innovationen ermöglicht. Das wollen wir für künftige Generationen sichern. Ebenfalls wichtig ist uns, für künftige Generationen in der Klimapolitik die richtigen Weichen zu stellen. In der Luftfahrt besteht diesbezüglich Handlungsbedarf. Die Branche hat schon viel erreicht und setzt sich weiterhin ehrgeizige Ziele. Dazu braucht sie aber auch finanzielle Ressourcen. Nur so können Investitionen in CO2-freie Treibstoffe getätigt werden, nur so kann in der Luftfahrt das Klima geschont werden.

Das CO2-Gesetz läuft allen genannten Zielen des Komitees Weltoffenes Zürich zuwider. Der Luftfahrt-Branche werden keine Gelder für klimafreundliche Innovationen gewährt, im Gegenteil - es werden ihr in grossem Umfang Mittel entzogen.

Konkret sieht das so aus: Der Luftfahrt werden über die Flugticketabgabe in einem «normalen» Jahr zirka CHF 1 Milliarde Franken entzogen. 510 Millionen Franken davon werden unmittelbar über die Krankenkassen an die Bevölkerung verteilt. Der Rest fliesst in einen Klimafonds, aus dem verschiedenste Begehrlichkeiten finanziert werden sollen: Nachtzüge, Forschung, Landwirtschaft, Gebäudesanierungen und vieles mehr. Das widerspricht eindeutig dem Gedanken der Lenkungsabgabe: Es sei denn, das Ziel der Lenkung ist nicht Klimaschutz in der Luftfahrt, sondern eine gezielte Schwächung dieser Branche. Dem widersetzt sich das Komitee Weltoffenes Zürich vehement. Denn eine Schwächung der Luftfahrt bedeutet gleichzeitig eine Schwächung der Standortqualität. Darunter würden auch (Export-)Wirtschaft, Tourismus, Hotellerie, Forschung, Bildung und Kultur leiden.

Ein zweiter gravierender Mangel des CO₂-Gesetzes ist mit Blick auf Luftfahrt und Standortqualität die fehlende internationale Abstimmung. Die Flugticketabgabe lässt sich leicht umgehen. Langstreckenflüge können dann statt via Zürich, Genf oder Basel via München, Frankfurt oder Wien angetreten werden. Besonders einfach ist die Umgehung im französischen Sektor des EuroAirports in Basel. Das verdeutlicht die Konstruktionsfehler des Gesetzes gleich mehrfach: Die Schweiz verliert Wertschöpfung, die Luftfahrt Stellen und das Klima wird belastet, weil die Wege länger sind.

Darum lautet unsere Haltung: Wir sagen Ja zur Stossrichtung, wir sagen Ja zum Klimaschutz in der Luftfahrt. Und gerade weil wir es damit ernst meinen, fordern wir auch, dass namhafte Mittel in dieses Ziel investiert werden können. Einen ersten Schritt dazu muss der Bundesrat jetzt machen, indem er die Verordnung zum CO₂-Gesetz entsprechend ausgestaltet.

Kontaktperson für die Medien:
Andreas Schürer, Geschäftsführer

Tel. +41 43 810 50 55